

Ja und Nein zur Städtepartnerschaft

Sollte Freiburg die Verbindung zu Isfahan halten oder kappen? Eine angeregte Diskussion an der Uni erbrachte kein eindeutiges Ergebnis

Von Simone Lutz

FREIBURG. Freiburgs Städtepartnerschaft mit Isfahan ist die einzige einer deutschen mit einer iranischen Stadt – und umstritten. Die Debatte über Sinn und Unsinn der Verbindung wurde nun nochmals geführt: Auf Einladung der Friedrich-Naumann- und der Reinhold-Maier-Stiftung, des Projekts „Team+“ der Uni sowie der Deutsch-Israelischen Gesellschaft diskutierten eine Juristin, ein Islamwissenschaftler und der Organisator der Städtepartnerschaft. Weitermachen oder nicht? Ergebnis des Abends: Kann man so oder so sehen.

„Städtepartnerschaften im Spannungsfeld zwischen Völkerverständigung und aktueller Politik“ hieß die Veranstaltung, zu der ein kleines, aber aufmerksames Publikum in die Uni kam. Erst vor kurzem hatte Isfahans Bürgermeister Ali Ghasemzadeh an Freiburgs Oberbürgermeister Martin Horn geschrieben, die Proteste in seiner Stadt als vom Ausland gesteuert be-

zeichnet (die BZ berichtete) und den OB eingeladen, sich selbst ein Bild zu machen. „Ein geschickter politischer Schachzug“, fand Günter Burger, Organisator der Städtepartnerschaft im Rathaus. Burger sollte an diesem Abend die 20 Jahre alte Verbindung mit Isfahan verteidigen: „Die nachbarschaftliche Ebene fördern, das ist das, was wir leisten können.“

Falsch, findet Eva Ghazari-Arndt. Sie ist im Iran geboren, arbeitet als Rechtsanwältin in Hessen und vertrat an diesem Abend die Position: Städtepartnerschaft beenden. Man müsse sich klarmachen, so Ghazari-Arndt, dass es im Iran keine Gewaltenteilung gebe, die Religionsführer hätten im Gottesstaat uneingeschränkte Macht. Auch die kommunale Struktur sei nicht demokratisch, alles werde kontrolliert und beaufsichtigt. Doch wo Menschenrechte nicht gelten, sei auch kein Austausch möglich. Man müsse in Freiburg ein Zeichen gegen das Regime setzen wie im UN-Menschenrechtsrat: „Keine Kooperation, im Gegenteil: Sanktion.“

Wieso sollte eine Städtepartnerschaft denn ein Nachteil sein, fragte Islamwis-

senschaftler Tilman Lüdke, der am Freiburger Arnold-Bergstraesser-Institut forscht. Aus Kooperation könne auch Gutes erwachsen, und ob der Vertrag gekündigt werde, kümmere das Regime im Iran nicht – die Menschen in Isfahan eventuell schon. Und wer sich nicht mit Menschen austauschen wolle, die andere Werte hätten, handle kurzsichtig.

„Arabischer Frühling“
hat viele desillusioniert

Seit dem Arabischen Frühling sei die Wissenschaft wesentlich vorsichtiger geworden, was die Erfolgsaussicht von Protesten betreffe, sagte Lüdke: „Dort ist es jetzt schlechter als vorher.“ Solange sich staatliche Sicherheitsorgane nicht auf die Seite der Demonstrierenden schlagen, sehe er kaum Erfolgsaussichten.

Günter Burger wiederum betonte, die Städtepartnerschaft schaffe lediglich die Rahmenbedingungen, um mit Menschen in Isfahan in Kontakt zu kommen, „nur so

funktioniert’s“. Sie sei nicht dazu da, das System zu verändern. Ähnlich gegensätzlich wie die Experten argumentierte auch das Publikum. 20 Jahre Städtepartnerschaft habe ein Netz an Kontakten, auch zu Nicht-Regierungsorganisationen in Isfahan geschaffen, sagte Fatima Chahin-Dörflinger vom Freundeskreis Freiburg-Isfahan, das solle man nicht kappen. Dem widersprach eine andere Zuhörer: Eine Städtepartnerschaft sei schön, aber nur unter normalen Umständen: „Wir können nicht einfach so weitermachen wie bisher.“ Ein Student erzählte von einer iranischen Freundin, die gerade nach 30 Tagen Haft entlassen worden sei. Diese habe gesagt, die Städtepartnerschaft sei der letzte Tropf, an dem kritische Menschen in Isfahan hängen. Mirjam Fischer von der Deutsch-Israelischen Gesellschaft sprach sich dafür aus, die Städtepartnerschaft einzufrieren, um ein politisches Zeichen zu setzen.

Nächste Woche, so Burger, soll es einen Runden Tisch zum Thema geben, im Januar oder Februar wird der Gemeinderat über die Städtepartnerschaft debattieren.